

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: Kapitel 4: Gemeinschaft gestalten – Wie wir füreinander sorgen und leben

Antragstext

699 (Soziales, Teilhabe, Gesundheit, Gleichstellung, Inklusion, offene Gesellschaft,
700 Kultur, Sport)

701 **1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist**

702 Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt und weltoffen, manchmal laut und immer
703 solidarisch. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt – von Menschen mit
704 unterschiedlichsten Biografien, Identitäten und Lebensentwürfen. Queeres Leben
705 ist sichtbar, migrantische Communities prägen das Straßenbild, Kultur entsteht
706 in Clubs, Ateliers, Theatern und auf der Straße. Friedrichshain-Kreuzberg war
707 schon immer ein Ort, an dem Freiräume verteidigt und neue Formen des
708 Zusammenlebens ausprobiert wurden. Engagement, Selbstorganisation und
709 Nachbarschaft prägen unseren Alltag. Viele bundespolitische Debatten werden hier
710 früher und intensiver geführt – und vieles, was anderswo abstrakt bleibt, ist
711 hier konkrete Realität.

712 Doch Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Steigende Lebenshaltungskosten,
713 Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen, psychische Belastungen,
714 Einsamkeit und die Folgen der Klimakrise treffen viele Menschen unmittelbar.
715 Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, einen Kulturkampf
716 gegen Vielfalt und die offene Gesellschaft. Statt soziale Strukturen konsequent
717 zu stärken, setzt der schwarz-rote Senat zunehmend auf Symbolpolitik: Der Zaun
718 um den Görlitzer Park steht exemplarisch für eine Politik der Verdrängung statt

719 nachhaltiger Lösungen. Während Millionen in politische Machtdemonstrationen
720 gegenüber dem Bezirk fließen, kämpfen Trägerorganisationen von Prävention,
721 sozialer Arbeit, Kultur und Gesundheitsangeboten um ihr Fortbestehen.

722 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen –
723 und zugleich ein Bezirk mit starkem demokratischem Selbstbewusstsein. Für uns
724 ist klar: Soziale Probleme brauchen soziale Antworten. Hilfe wirkt nachhaltiger
725 als Druck von oben. Unsere kommunale Infrastruktur – von Sportstätten über
726 Bibliotheken bis hin zu Clubs und Nachbarschaftseinrichtungen – ist kein Luxus.
727 Sie bildet die Grundlage für Zusammenhalt, Lebensqualität und demokratische
728 Stabilität.

729 **2. Unsere Haltung: Solidarität organisieren, Vielfalt** 730 **schützen**

731 Wir stehen für ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Solidarität organisiert und
732 Vielfalt schützt. Soziale Sicherheit, kulturelle Freiräume und demokratische
733 Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

734 Wir setzen auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsangebote und
735 Schutzräume. Der Rechtsstaat gilt überall und für alle. Er schützt die Würde
736 jedes Menschen und setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt, Ausbeutung,
737 Diskriminierung und organisierter Kriminalität.

738 Klima- und Sozialpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Stadtgrün und
739 Hitzeschutz, wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote, zugängliche
740 öffentliche Räume, barrierefreie Infrastruktur sind Teil einer ökologisch wie
741 sozial gerechten Stadt.

742 Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Rechtsextremismus und -populismus
743 sind die größten Bedrohungen für unsere Demokratie. Gegen Rassismus,
744 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung beziehen
745 wir klar Stellung. Die AfD steht für völkisches Denken, eine rassistische
746 Ideologie und die systematische Ausgrenzung von Menschen. Sie ist eine konkrete
747 Bedrohung für die Menschen in unserem Bezirk. Daher fordern wir ein
748 Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gewissenhaft vorzubereiten und
749 auch tatsächlich einzuleiten.

750 Kultur, Sport und soziale Infrastruktur sind notwendige Grundversorgung. Wir
751 stärken Zivilgesellschaft und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Politik
752 muss ermöglichen, absichern und Ressourcen bereitstellen – und darf nicht
753 spalten oder verdrängen.

754 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

755 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit großer sozialer Dynamik – und mit
756 spürbaren Spannungen. Unterschiedlichste Lebensentwürfe, Einkommenslagen und
757 Bedürfnisse treffen hier auf engem Raum aufeinander. Urbanes Leben bedeutet
758 Abwechslung, aber auch Zielkonflikte: zwischen Nachtruhe und Clubkultur,
759 zwischen Aufenthaltsqualität und Aufwertung, zwischen sozialer Unterstützung und
760 ordnungspolitischen Maßnahmen, zwischen Nutzung und Schutz von Parks und
761 Grünflächen.

762 Viele Herausforderungen lassen sich nur langfristig und nur gemeinsam lösen.
763 Armut, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, Verdrängung von Kultur
764 und Kleingewerbe, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen sind
765 strukturelle Fragen, die stark von Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und
766 europäischer Ebene abhängen. Der Bezirk ist nicht alleiniger Akteur – aber er
767 trägt Verantwortung für konkrete Verbesserungen vor Ort.

768 Gleichzeitig stehen ganz konkrete soziale Einrichtungen, Kulturorte,
769 Beratungsstellen, Sportangebote und Gesundheitsstrukturen unter erheblichem
770 finanziellen Druck. Prävention, Gewaltschutz, Integration, Pflege und
771 psychosoziale Versorgung brauchen aber langfristige Planungssicherheit, eine
772 verlässliche Finanzierung und klare Prioritätensetzung.

773 Hinzu kommt: Die Erwartungen an den Bezirk sind hoch, während die Ressourcen
774 begrenzt sind. Unterschiedliche Interessen müssen daher ausgeglichen werden,
775 ohne den politischen Kompass zu verlieren.

776 **4. Was wir konkret verändern wollen**

777 **Offene Gesellschaft schützen und Demokratie stärken**

778 **Demokratie verteidigen:** Demokratie braucht verlässliche Strukturen im Bezirk.
779 Wir wollen die bestehende Partnerschaft für Demokratie in Friedrichshain-
780 Kreuzberg dauerhaft absichern und ihre Fördermöglichkeiten ausweiten.
781 Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus,
782 Queerfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen gruppenbezogener
783 Menschenfeindlichkeit brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger
784 Projektlogik.

785 Demokratische Beteiligung stärken wir konkret. Die bezirklichen Beiräte und
786 Gremien – vom Beirat für Partizipation und Integration bis zum neu geschaffenen

787 Jugend und Kindergremium – müssen aktiv und frühzeitig in Entscheidungsprozesse
788 einbezogen werden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, mehrsprachige
789 Beteiligungsangebote ein und unterstützen Initiativen, Vereine und Projekte mit
790 einer gut ausgestatteten Freiwilligenagentur.

791 Religionsfreiheit und weltanschauliche Vielfalt sind für uns selbstverständlich.
792 Wir unterstützen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften im Bezirk in ihrer
793 sozialen und kulturellen Arbeit und ermutigen zu demokratischer Teilhabe.

794 Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärken: Wir setzen uns für den Ausbau
795 unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten bei Rassismus und Diskriminierung ein, für
796 verpflichtende Diversity- und Antidiskriminierungsschulungen für Mitarbeitende
797 sowie für verbindliche Standards zu Mehrsprachigkeit, Leichter Sprache,
798 barrierefreier Kommunikation und Gebärdensprachdolmetschen in allen relevanten
799 Bereichen.

800 Das Register Friedrichshain-Kreuzberg leistet unverzichtbare Arbeit bei der
801 Dokumentation diskriminierender und rechter Vorfälle, die wir weiter personell
802 und finanziell stärken wollen. Ein jährlicher bezirklicher
803 Antidiskriminierungsbericht soll Entwicklungen sichtbar machen und politische
804 Konsequenzen ermöglichen.

805 Rechtsextreme Akteur*innen dürfen im Bezirk nicht normalisiert werden. Wir
806 werden unsere rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen, um menschenfeindliche
807 Aktivitäten im öffentlichen Raum zu begrenzen und antifaschistische sowie
808 antirassistische Proteste unterstützen, ohne Einschüchterung zu dulden. Wo immer
809 Rechtsextreme marschieren, werden wir uns ihnen mit der Zivilgesellschaft
810 konsequent entgegenstellen. Unser Auftrag: Xhain bleibt nazifrei!

811 **Perspektiven und Realitäten anerkennen:** Postmigrantische und postkoloniale
812 Perspektiven gehören zur Realität unseres Bezirks. Wir unterstützen Initiativen
813 zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte, fördern migrantische
814 Selbstorganisationen und schaffen Räume und Ressourcen für kulturelle und
815 soziale Projekte von Communities of Color. Den Silvio-Meier-Preis wollen wir als
816 deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt weiter stärken und noch bekannter machen.

817 Wir stellen uns klar gegen Racial Profiling und die Kriminalisierung von
818 Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschenwürde und rechtsstaatliche
819 Verfahren gelten für alle. Gleichzeitig widersprechen wir entmenschlicher
820 Sprache gegenüber marginalisierten Gruppen und treten rechter „Stadtbild“-
821 Rhetorik entschieden entgegen. Hier ist kein Platz für Kulturkampf gegen queere
822 Lebensweisen und migrantische Communities! Wir leben ein Stadtbild, das

823 einschließt und nicht ausgrenzt!

824 **Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen:** Wir stehen an der Seite der Menschen
825 in der Ukraine und unterstützen ukrainische Geflüchtete im Bezirk durch konkrete
826 Integrations- und Beratungsangebote. Wir schätzen ihre Erfahrungen und
827 Fähigkeiten und schaffen Räume zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Lernen.

828 Neben den Menschen in der Ukraine sind auch in vielen anderen Regionen der Welt
829 Zivilistinnen von Gewalt bedroht. Sei es durch staatliche oder nicht staatliche
830 Akteure. Auch ihnen gilt unsere Solidarität, denn kein politisches Ziel
831 rechtfertigt Gewalt gegen Zivilistinnen. Wir verurteilen jede Form von
832 Terrorismus und Einschüchterung gegenüber Zivilist*innen und stellen uns
833 unmissverständlich gegen die Verbreitung von Hass und Versuche der
834 Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir stellen uns entschieden gegen
835 jede Form von Antisemitismus ebenso wie gegen anti-muslimischen oder anti-
836 arabischen Rassismus in unserem Bezirk.

837 **Feministische Politik konkret umsetzen**

838 **Gleichstellung durchsetzen:** Geschlechtergerechtigkeit entscheidet über
839 Einkommen, Gesundheit, Sicherheit und politische Teilhabe – auch hier im Bezirk.
840 Feministische Politik heißt für uns, strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu
841 machen und praktisch zu bekämpfen.

842 Frauenarmut ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg Realität – besonders für
843 Alleinerziehende, ältere Frauen und Frauen mit Migrationsgeschichte. Wir wollen
844 gezielte Renten-, Trennungs- und Sozialberatung stärken und niedrigschwellige
845 Lotsenangebote bei Anträgen ausbauen. In Kooperation mit Jobcenter und freien
846 Trägern sollen Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für
847 Alleinerziehende gezielt gefördert werden. Care-Arbeit muss sichtbar gemacht und
848 gesellschaftlich aufgewertet werden; pflegende Angehörige brauchen bessere
849 Beratung und Unterstützung.

850 Gleichberechtigung braucht auch strukturelle Veränderungen in Politik und
851 Verwaltung. Mentoringprogramme wie eine „Mitlaufwoche 2.0“ für junge FLINTA*-
852 Personen wollen wir weiterentwickeln. Kinderbetreuung, hybride Formate und
853 flexible Sitzungszeiten in der Bezirksverordnetenversammlung sollen politische
854 Teilhabe von Menschen mit Care-Verantwortung erleichtern. Verwaltung und
855 öffentliche Einrichtungen müssen geschlechtergerecht und
856 diskriminierungssensibel arbeiten.

857 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen Frauen, Mädchen und FLINTA*-

858 Personen hat bei uns keinen Platz. Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung
859 der Konvention ein, welche deren Verhütung und Bekämpfung fordert und solche
860 Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkennt (Istanbul-Konvention). Wir kämpfen
861 für die verlässliche Finanzierung von Schutz-, Beratungs- und
862 Unterstützungsangeboten. Hinweise auf Hilfsangebote müssen in Rathäusern,
863 Schulen, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen selbstverständlich sichtbar sein.
864 Ein schneller Zugang zu Hilfe – etwa über QR-Codes zu Chat- oder
865 Beratungsangeboten – kann insbesondere jungen Betroffenen niedrigschwellige
866 Unterstützung ermöglichen. Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen
867 müssen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso spezialisierte
868 Angebote für geflüchtete Frauen und queere Geflüchtete. Auch digitale Gewalt,
869 Hate Speech und Cyberstalking nehmen wir ernst und stärken entsprechende
870 Präventions- und Beratungsangebote.

871 Prävention beginnt früh. Empowerment-Formate für Mädchen und FLINTA* sowie
872 Angebote zur Gewaltprävention für Jungen und Männer gehören für uns zusammen.

873 **Angebote und Sichtbarkeit stärken:** Gesundheitsangebote müssen
874 geschlechtersensibel weiterentwickelt werden. Menstruationsartikel sollen in
875 Schulen, Jugendclubs, Sportvereinen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei
876 bereitgestellt werden. Öffentliche Toiletten wollen wir inklusiver gestalten und
877 die kostenfreie Nutzung als Modell prüfen.

878 Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls Teil feministischer Politik.
879 Straßen und Plätze sollen weiterhin vorrangig nach Frauen, Women of Colour,
880 queeren Persönlichkeiten und Widerstandskämpferinnen benannt werden. Bereits
881 beschlossene Umbenennungen müssen zügig umgesetzt werden. Das
882 Partizipationsverfahren „Straßennamen für die Vielfalt“ wollen wir transparenter
883 gestalten und in Kooperation mit dem FHXB-Museum eine digitale
884 Erinnerungsplattform zur feministischen, queeren und migrantischen Geschichte
885 des Bezirks entwickeln.

886 **Queeres Leben schützen und strukturell absichern**

887 **Queers unterstützen:** Xhain ist für viele junge queere Menschen aus der gesamten
888 Welt ein Sehnsuchtsort, in dem sie endlich frei leben können. Das werden wir
889 verteidigen. Wir setzen uns aktiv für den Schutz queerer Einrichtungen vor
890 Verdrängung ein. Queere Clubs, Bars, Beratungsstellen, Projekträume und
891 selbstorganisierte Treffpunkte sind Teil der sozialen und kulturellen
892 Infrastruktur des Bezirks. Bei Nutzungskonflikten und Standortfragen werden wir
893 politisch unterstützen und Räume sichern. Die finanzielle Grundförderung queerer
894 und feministischer Initiativen muss auf Landesebene dauerhaft abgesichert
895 werden.

896 Die Stelle der*des Queerbeauftragte im Bezirk muss strukturell abgesichert und
897 ausreichend ausgestattet werden. Auch queere Perspektiven gehören verbindlich in
898 Beteiligungsprozesse, Stadtplanung und Verwaltungshandeln.

899 Insbesondere ältere queere Menschen und queere Geflüchtete brauchen spezifische
900 Unterstützungsangebote. Wohnprojekte für ältere lesbische Frauen und andere
901 selbstbestimmte Wohnformen wollen wir fördern und im Rahmen bezirklicher
902 Möglichkeiten unterstützen.

903 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen LSBTIQ*-Personen darf nicht
904 relativiert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Initiative
905 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und eine systematische
906 Datenerhebung zu queerfeindlichen Übergriffen. Die enge Zusammenarbeit mit
907 Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist dabei zentral.
908 Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen
909 und Verwaltung wollen wir stärken.

910 **Kultur als Grundversorgung sichern**

911 **Kulturorte sichern:** Kultur ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Clubs,
912 Ateliers, Theater, Projekträume, Museen und selbstorganisierte Orte prägen den
913 Bezirk und sind Räume demokratischer Begegnung. Diese Infrastruktur wollen wir
914 sichern und weiterentwickeln.

915 Arbeits- und Proberäume sind existenziell. Die Kürzungen des
916 Arbeitsraumprogramms wollen wir zusammen mit der Landesebene zurücknehmen und
917 wie ursprünglich geplant ausweiten. Der Verdrängung von Kulturorten – ob
918 Projektraum, Atelierhaus oder Club – treten wir aktiv entgegen. Zur Abfederung
919 der massiven Erhöhung der Grundsteuer müssen Sonderregelungen für
920 Kunstschaffende gefunden werden.

921 Das RAW-Gelände ist ein zentraler Kulturstandort mit überbezirklicher Bedeutung.
922 Wir setzen uns weiter dafür ein, die kulturelle Nutzung dauerhaft zu sichern und
923 weitere Kommerzialisierung zu begrenzen. Auch kleinere, selbstverwaltete Orte
924 müssen geschützt und bei Konflikten mit Investoren oder Nutzungskonflikten
925 politisch unterstützt werden.

926 **Kulturschaffende unterstützen:** Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung
927 der freien Szene ein und unterstützen die Wiedereinführung von
928 Ausstellungshonoraren für unsere kommunalen Galerien. Künstlerische Arbeit darf
929 nicht von Selbstaussbeutung abhängen. Förderverfahren müssen transparent,
930 niedrigschwellig und planbar sein.

931 Clubkultur ist Teil der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs. Wir wollen sie vor
932 Verdrängung schützen, Neugründungen unterstützen und im Dialog mit
933 Anwohner*innen tragfähige Lösungen bei Nutzungskonflikten entwickeln, statt
934 einseitig Einschränkungen durchzusetzen.

935 Kulturpolitik muss divers, inklusiv und diskriminierungssensibel sein. Projekte
936 migrantischer, queerer und postkolonialer Perspektiven wollen wir gezielt
937 fördern. Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere mit feministischer oder
938 erinnerungspolitischer Perspektive, soll stärker unterstützt werden.

939 **Gemeinschaft stärken:** Das FHXB-Museum ist ein wichtiger Ort für die Aufarbeitung
940 und Vermittlung der Bezirksgeschichte. Wir wollen seine Arbeit stärken und
941 insbesondere Projekte zur queeren, migrantischen und feministischen Geschichte
942 weiter ausbauen. Auch queere Kulturorte sind feste Bestandteile der kulturellen
943 Infrastruktur unseres Bezirks. Daher unterstützen wir den gemeinsamen Neubau des
944 Schwulen Museums mit dem FHXB-Museum in der Friedrichstraße

945 Bibliotheken sind Orte der Bildung, Begegnung und sozialen Infrastruktur. Wir
946 setzen uns für ihre Stärkung, moderne, digitale Ausstattung und barrierefreie
947 Zugänge ein. Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) verstehen wir als Haus der Ideen
948 und als offenen Kultur- und Begegnungsort für den Bezirk. Ihre Weiterentwicklung
949 muss transparent und gemeinwohlorientiert erfolgen.

950 **Soziale Stabilität stärken – Hilfe statt Verdrängung**

951 **Hilfe ausbauen:** Soziale Probleme verschwinden nicht durch Verdrängung. Armut,
952 Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen brauchen
953 langfristige, koordinierte und menschenwürdige Lösungen.

954 Wir wollen die Verhinderung von Wohnungsverlust zur Priorität machen und die
955 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle ausbauen. „Housing
956 First“-Ansätze und niedrigschwellige Beratungsangebote müssen weiterentwickelt
957 werden. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, bevor sie entsteht – und
958 Menschen schneller wieder in eigenen Wohnraum zu bringen. Unterkünfte müssen
959 menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein.

960 Die Mehrheit der obdachlosen Menschen wird durch das sozialgesetzliche
961 Sicherungssystem nicht erfasst. Sie haben weder Anspruch auf Sozialhilfe noch
962 Wohngeld. In der Konsequenz sorgen oft einzig soziale Initiativen mit viel
963 ehrenamtlichem Engagement dafür, dass Menschen einen Schlafplatz und eine warme
964 Mahlzeit erhalten. Wir setzen uns berlinweit für eine Politik des Helfens statt
965 des Ignorierens ein.

966 Im öffentlichen Raum setzen wir auf soziale Unterstützung statt symbolischer
967 Abschottung. Aufsuchende Sozialarbeit, Straßensozialarbeit und niedrigschwellige
968 Beratungsangebote wollen wir stärken. Parkläufer*innen und sozialpädagogische
969 Teams können Nutzungskonflikte entschärfen und vermitteln. Safe Places –
970 geschützte, niedrigschwellige Aufenthalts- und Unterstützungsorte für besonders
971 vulnerable Menschen – wollen wir sichern und weiter ausbauen.

972 **Sucht als Erkrankung behandeln:** Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir auf
973 Gesundheits- und Präventionspolitik. Drugchecking-Angebote und Drogenkonsumräume
974 sind wichtige Instrumente zum Schutz von Leben und Vermittlung von
975 Hilfsangeboten. Wir unterstützen ihren Ausbau und eine enge Kooperation mit
976 Suchthilfe, Gesundheitsdiensten und Sozialarbeit. Reine Verdrängungsmaßnahmen
977 lösen die Probleme nicht und sind menschenverachtend. Es geht darum die Menschen
978 in den Blick zu nehmen, dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie im
979 Umgang mit Drogenkonsum und Verelendung. Es braucht Planungssicherheit und die
980 Stärkung der sozialen Träger anstatt einen sozialen Kahlschlag und eine
981 Verschiebung auf immer mehr Law-and-Order wie unter dem Wegner-Senat.

982 Der Görlitzer Park steht exemplarisch für die Herausforderungen im öffentlichen
983 Raum. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und soziale Unterstützung dürfen nicht
984 gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für eine integrierte Strategie
985 aus Prävention, Sozialarbeit, Gesundheitsangeboten, Beleuchtung, Pflege und
986 Dialog ein – statt für teure Symbolmaßnahmen wie Zäune, die Probleme lediglich
987 verschieben.

988 Vernunftbasierte Drogenpolitik stärkt Prävention:

989 Die Entkriminalisierung von Cannabis war ein richtiger Schritt in die richtige
990 Richtung. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft
991 aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht
992 unnötig kriminalisiert. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, auch
993 wenn der Bund den Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg für eine Modellregion aus
994 ideologischen Gründen weiter ablehnt. Wir kämpfen weiter für die legale Abgabe
995 von Cannabis, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Wir
996 begrüßen, dass in Xhain das erste dauerhafte Drugchecking-Projekt eingerichtet
997 wurde und unterstützen den Ausbau. Es braucht eine an den Lebensrealitäten
998 orientierte Prävention und Hilfe statt Strafe für Menschen, die in
999 Abhängigkeiten geraten. Kriminalisierung und Tabuisierung sind Teil des Problems
1000 und nicht Teil der Lösung.

1001 **Ankommen und Teilhabe ermöglichen**

1002 **Teilhabe ermöglichen:** Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein Bezirk
1003 des Ankommens. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen sind hier
1004 willkommen und prägen das gesellschaftliche Leben – in Nachbarschaften, Schulen,
1005 Kultur und Wirtschaft.

1006 Wir setzen uns für dezentrale Unterkünfte statt großer Massenunterkünfte ein.
1007 Geflüchtete Menschen sollen möglichst schnell in reguläre Wohnungen einziehen
1008 können. Gemeinschaftsunterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial
1009 angebunden sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen – etwa Frauen, Kinder,
1010 queere Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen – brauchen spezialisierte
1011 Unterstützung. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen gut ausgestattete
1012 Strukturen im Jugendamt. Beratung, psychosoziale Begleitung und Bildungsangebote
1013 müssen verlässlich finanziert sein.

1014 **Unterstützungsstrukturen ausbauen:** Integrationslots*innen leisten wichtige
1015 Arbeit beim Zugang von Geflüchteten zu Behörden, Bildung, Gesundheit und Arbeit.
1016 Wir wollen ihre Arbeit verstetigen und strukturell absichern. Mehrsprachige
1017 Willkommens- und Orientierungsangebote in Bezirksgebäuden sowie barrierearme
1018 digitale Formulare sollen selbstverständlich werden.

1019 Bürokratie darf Integration nicht behindern. Verfahren müssen verständlich,
1020 digital zugänglich und pragmatisch gestaltet werden. Strukturelle Hürden beim
1021 Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung wollen wir abbauen – im Rahmen der
1022 bezirklichen Möglichkeiten und im Dialog mit dem Land.

1023 **Mitbestimmung ermöglichen:** Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht
1024 für alle Menschen ein, die dauerhaft im Bezirk leben, und unterstützen Kampagnen
1025 und Beteiligungsformate, die politische Mitwirkung auch ohne formales Wahlrecht
1026 ermöglichen. Auf Bundesebene kämpfen wir für ein Wahlrecht für alle, die ihren
1027 dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

1028 **Gesundheit und Prävention ausbauen**

1029 **Prävention stärken:** Gesundheitspolitik im Bezirk heißt Prävention stärken und
1030 soziale Risiken ernst nehmen. Die Klimakrise ist längst ein Gesundheitsrisiko.
1031 Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung einer bezirklichen
1032 Hitzeaktionsplanung ein. Die Streichung der Koordinierungsstelle im
1033 Gesundheitsamt muss rückgängig gemacht werden. Mehr öffentliche Trinkbrunnen,
1034 kühle Orte während Hitzeperioden und besserer Sonnenschutz auf Sportflächen
1035 gehören für uns dazu. Die Ergebnisse des Pilotprojekts zu Sprühnebelanlagen im
1036 Mauerpark wollen wir prüfen und gegebenenfalls auf weitere Standorte übertragen.

1037 Schulgesundheitsfachkräfte leisten wichtige Präventionsarbeit. Wir setzen uns
1038 dafür ein, dass auch Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg von diesem
1039 Förderprogramm profitieren und langfristig alle Schulen entsprechend
1040 ausgestattet werden.

1041 **Gesundheit ganzheitlich fördern:** Der Sozialpsychiatrische Dienst und der Kinder-
1042 und Jugendpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamts sowie Beratungsstellen und
1043 niedrigschwellige Angebote müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Einsamkeit
1044 und Überlastung sind reale soziale Herausforderungen, auf die der Bezirk
1045 reagieren muss. Die Situation in der Psychiatrie des Urbankrankenhauses werden
1046 wir weiterhin kritisch begleiten und Verbesserungen einfordern. Wir setzen uns
1047 auf Bundesebene für mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen ein.

1048 Das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung im Bezirk ist ein
1049 wichtiger Baustein. Angesichts steigender Zahlen sexuell übertragbarer
1050 Krankheiten wollen wir die Aufklärungsarbeit ausbauen. Sexualaufklärung und
1051 Beratung müssen niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und mehrsprachig
1052 zugänglich sein.

1053 Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit – von hormonell bedingten
1054 Beschwerden über Endometriose bis zur Menopause. Information, Beratung und
1055 Entstigmatisierung wollen wir stärken.

1056 Wir unterstützen die Einrichtung integrierter Gesundheitszentren im Bezirk und
1057 fordern den Senat auf, die Förderung hierfür wieder zu öffnen. Wir setzen uns
1058 für eine bessere Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberatung ein.
1059 Pflegestützpunkte, Beratung zu Pflegeleistungen und Mobilitätshilfen müssen
1060 verlässlich zugänglich sein.

1061 **Inklusion und Teilhabe verwirklichen**

1062 **Barrieren abbauen:** Inklusion ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen
1063 müssen im Bezirk selbstbestimmt leben, arbeiten und sich bewegen können.

1064 Wir wollen Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten und andere öffentliche
1065 Einrichtungen konsequent barrierefrei machen und dazu schrittweise umbauen. Auch
1066 digitale Angebote des Bezirks müssen für alle zugänglich sein – mit leichter
1067 Sprache, Gebärdensprachdolmetschen und barrierearmen Online-Formularen.

1068 **Bewegungsfreiheit ermöglichen:** Mobilität muss für alle funktionieren. Bei
1069 Kiezblocks und verkehrsberuhigten Maßnahmen denken wir Barrierefreiheit von
1070 Anfang an mit. Sogenannte Doppelquerungen speziell für Menschen mit

1071 Sehbehinderung, ausreichend breite barrierefreie Parkplätze und genügend Platz
1072 zum Ein- und Ausladen von Rollstühlen sind für uns selbstverständlich. Auch vor
1073 öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Gesundheitszentren, Schulen und
1074 Sportanlagen müssen ausreichend ausgewiesene Stellplätze entstehen.

1075 **Wohnraum barrierefrei gestalten:** Wir setzen uns für mehr barrierefreien und
1076 bezahlbaren Wohnraum ein. Auch Unterkünfte für wohnungslose Menschen müssen
1077 barrierefrei gestaltet werden.

1078 **Teilhabe ermöglichen:** Teilhabe am Arbeitsmarkt ist zentral. Menschen mit
1079 Behinderungen dürfen nicht vorschnell in Werkstätten gedrängt werden. Wir
1080 unterstützen das Budget für Arbeit und Ausbildung sowie den Ausbau von
1081 Inklusionsbetrieben und Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt – auch in der
1082 öffentlichen Verwaltung. Modellprojekte für den Übergang von der Schule in
1083 reguläre Beschäftigung wollen wir im Bezirk voranbringen.

1084 Leistungen der Eingliederungshilfe sollen besser koordiniert werden. Persönliche
1085 Assistenz muss gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

1086 **Sport für alle ermöglichen**

1087 **Sportzugang sichern:** Sport ist mehr als Wettkampf und Vereinsstruktur. Er
1088 schafft Gesundheit, Begegnung und soziale Teilhabe – besonders dort, wo Angebote
1089 niedrigschwellig und wohnortnah sind.

1090 Barrierefreie Sportanlagen, geschützte Trainingszeiten und inklusive Angebote
1091 sind zentrale Bausteine für einen besseren Zugang zu Sporteinrichtungen, sowohl
1092 für Mädchen und FLINTA*-Personen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere
1093 Menschen und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

1094 **Breitensport stärken:** Wir wollen den nicht vereinsgebundenen Breitensport
1095 stärken. Öffentliche Sportflächen, Bolzplätze, Basketball- und Calisthenics-
1096 Anlagen sowie Bewegungsangebote in Parks müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut
1097 werden. Offene Sportformate in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen,
1098 Nachbarschaftshäusern und Schulen wollen wir gezielt fördern.

1099 Schwimmen ist eine Grundkompetenz. Wir setzen uns für ausreichend
1100 Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche ein und unterstützen Programme, die
1101 insbesondere Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang ermöglichen.

1102 **Nachhaltigkeit mitdenken: Sportstätten** müssen nachhaltig weiterentwickelt

1103 werden. Sanierungen sollen energieeffizient erfolgen, neue Anlagen klima- und
1104 ressourcenschonend geplant werden.

1105 Teure, nicht nachhaltige und korruptionsanfällige Großveranstaltungen wie
1106 Olympiabewerbungen lehnen wir ab. Milliardenprojekte helfen dem Breitensport vor
1107 Ort nicht weiter. Unsere Priorität liegt bei wohnortnahen, dauerhaft nutzbaren
1108 Sportangeboten für alle.

1109 **5. Wirkung für den Bezirk**

1110 Unsere Politik stärkt den Zusammenhalt in Friedrichshain-Kreuzberg – konkret und
1111 spürbar im Alltag.

- 1112 • Eine starke offene Gesellschaft bedeutet: Diskriminierung wird nicht
1113 hingenommen, Initiativen werden unterstützt, demokratische Beteiligung
1114 wird verbindlicher. Vielfalt bleibt sichtbar und geschützt.

- 1115 • Feministische Politik heißt: mehr Schutz vor Gewalt, bessere Beratung,
1116 niedrighschwellige Hilfsangebote und konkrete Schritte gegen Frauenarmut.
1117 Gleichberechtigung wird nicht nur gefordert, sondern strukturell
1118 verankert.

- 1119 • Eine gesicherte Kulturlandschaft bedeutet: RAW, Clubs, Ateliers und Museen
1120 bleiben Orte der Begegnung und Kreativität. Künstlerische Arbeit wird
1121 fairer bezahlt, Arbeitsräume werden gesichert.

- 1122 • Soziale Stabilität heißt: weniger Verdrängung, mehr Prävention, stärkere
1123 Sozialarbeit und wirksame Hilfe bei Sucht und Wohnungslosigkeit.
1124 Öffentliche Räume bleiben lebendig und solidarisch. Ankommen gelingt
1125 besser durch dezentrale Unterkünfte, verstetigte Integrationslots*innen
1126 und verständliche Verwaltungsverfahren. Teilhabe wird erleichtert.

- 1127 • Eine gestärkte Gesundheitsstruktur bedeutet: mehr Hitzeschutz, bessere
1128 Aufklärung, stärkere psychosoziale Angebote und wohnortnahe Versorgung.

- 1129 • Inklusion heißt: barrierefreie Gebäude, bessere Mobilität und echte

1130 Teilhabe am Arbeitsmarkt.

- 1131 • Sport für alle bedeutet: zugängliche Bewegungsangebote im Kiez statt
1132 Prestigeprojekte. So entsteht ein Bezirk, der solidarisch bleibt, soziale
1133 Sicherheit organisiert und Vielfalt nicht nur verspricht, sondern schützt.

1134 **6. Unser Auftrag: Zusammenhalt stärken**

1135 **Offene Gesellschaft verteidigen.** Wir sichern demokratische Strukturen, treten
1136 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und stärken
1137 Antidiskriminierungsarbeit im Bezirk.

1138 **Feministische und inklusive Politik umsetzen.** Gleichstellung, Gewaltschutz,
1139 Inklusion und Teilhabe werden konkret verbessert – in Verwaltung, Infrastruktur
1140 und Angeboten vor Ort.

1141 **Prävention vor Verdrängung setzen.** Bei Wohnungslosigkeit, Sucht und Krisen im
1142 öffentlichen Raum setzen wir auf Hilfe, Gesundheits- und Präventionspolitik
1143 statt Symbolmaßnahmen.

1144 **Kultur und soziale Infrastruktur absichern.** Kulturorte, Beratungsstellen, Sport-
1145 und Gesundheitsangebote brauchen Planungssicherheit und verlässliche
1146 Finanzierung.

1147 **Beteiligung und Transparenz stärken.** Beteiligung wird verbindlicher, Verwaltung
1148 zugänglicher und Entscheidungen nachvollziehbarer.